

Berliner Tageblatt

Die unersetzte einseitige Monopolstellung
gegenüber der Restwelt keine Demokratisierung.

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Stad- und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Lloyd George für Zusammenarbeit mit Amerika.

Als Gewähr für den Weltfrieden.

London, 19. Mai. (W. T. N.)

Bei dem heute abend zu Ehren des neuen amerikanischen Botschafters Harbord gehaltenen feierlichen Begrüßungsessen bei dem Lloyd George den Vorsitz führte, wurde der Gedanke an die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Amerika als die Gewähr für den Weltfrieden hervorgehoben. Lloyd George erklärte, daß die Vereinigten Staaten die besten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, sondern sie noch zu verstärken. Bezüglich der Reparationsfrage erklärte er, hohe britische Beamte hätten ihm freimütig angegeben, daß die amerikanische Erklärung die unschlüssig gegeben habe, die davon überzeugt, daß weitere Zeitvergebung nutzlos sei. Dann erinnerte er an den Beschluß, die amerikanische Beteiligung im Obersten Rat zu wiederholmalen, und fragte: Abenteuere ein besseres Benehmen für die Genesung der amerikanischen Regierung gewünscht werden. Lloyd George sprach sich mit Lloyd George über die amerikanische Beteiligung im Obersten Rat zu wiederholmalen, und fragte: Abenteuere ein besseres Benehmen für die Genesung der amerikanischen Regierung gewünscht werden.

Lloyd George erklärte, die gute Möglichkeit zur Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Amerika liege in der sicheren Möglichkeit für den Weltfrieden. Er freute sich, daß die Vereinigten Staaten im Obersten Rat betriebe und der bevorstehenden Konferenz beizutreten werde. Dann sprach er über die amerikanische Beteiligung im Obersten Rat zu wiederholmalen, und fragte: Abenteuere ein besseres Benehmen für die Genesung der amerikanischen Regierung gewünscht werden.

Der Beginn der Pariser Kammerdebatte.

Die Rede Tardieus.

Mit getragenen ersten Tage der großen Pariser Kammerdebatte über den Vorschlag, die Weltfriedenskonferenz zu haben, um politische Gründe, die Herr Tardieu den Wort ergriffen. Der einzige wichtige Redner war gestern Herr André Tardieu, denn der Konflikt zwischen dem durch eine gewisse Befähigung des Aufstretens die Tradition seiner Familie fortgesetzt, wird nicht jetzt ernst genommen. Herr Tardieu selbst hat seiner Rede Debatte auf der Rede Tardieus. Dieser von unruhigem Ehrgeiz getriebene und geschäftsgewandte ehemalige politische Leiter des „Lemps“, der während des Krieges Sonderbotschafter in den Vereinigten Staaten und nach der deutschen Niederlage der eifrigste Mitarbeiter Clemenceaus bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages war, versucht bei solchen Gelegenheiten, die Position zurückzugewinnen, die er durch die Blüthenwelt am Vertrag verloren hat. Er ist einer der wenigen, die dem alten Clemenceau treu geblieben sind. Herr Tardieu, der gleichfalls zur Gruppe der Vertragsgegner und Clemenceaus gehörte, hat es vorgezogen, sich loszulösen und in das Kabinett Briand einzutreten. Während der ganzen „Bloc national“, die Kammer befehligt, in der Vereinbarung mit der nationalistischen Presse behauptet, Clemenceau und seine Leute hätten sich bei dem Vertrag von Compiègne nicht beteiligt zu lassen. Die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen geschähen, hätte wohl auch eine Aufhebung des Krieges erreicht werden müßte, behauptet Herr Tardieu immer wieder, all diese schönen Möglichkeiten seien in dem Vertrag durchgegangen, und die schwächlichen Reste, die nach Clemenceau gekommen seien, veränderten nur seinen Gebrauch davon zu machen und wieder ihrerseits vor England stets weiter zurück. Gestern verurteilte Herr Tardieu den Nachweis, das Kabinett Briand habe durch die Londoner Beschlüsse abermals auf einen großen Teil der Entschädigung verzichtet, die Frankreich zufomme, und Frankreich verleihe dadurch sogar fünfzig Prozent seiner früheren Forderungen. Clemenceau habe seinen Willen bereit durchgesetzt gewußt. Herr Tardieu, das Kabinett Briand ist wichtig sei, spreche Lloyd George, so wie man es jetzt habe erleben müssen. Zu den Angriffen gegen Lloyd George war Herr Tardieu gewandter als in seinen Angriffen gegen Briand. Ein so kluger und freudiger Mann, der selbst noch an die Regierung zu gelangen will, hilft sich dabei, in die Zorn der Pariser Presse zu verfallen und sich in den Augen Englands unmaßig zu machen.

Die Klagenfurter Tagung.

Die Anschlussfrage. — Die Aufgaben des Deutschen Schulbundes.

Von unserem Sonderberichterstatter Dr. Paul Michaelis.

Klagenfurt, 15. Mai.

Am Pfingstsonntag fand aus Anlaß der Tagungen, die der Deutsche Schulbund und der Südbund hier abhielten, ein Trachtenfest statt, der wohl ein und eine halbe Stunde lang an den gebräunten Mauern der Festsäle vorüberzog. Von der strahlenden Waise wurde die bunten Farben der Gewänder der Festteilnehmer in Glanz und Schimmer getaucht. Dazu kam, daß die lebensfrohen Helfer ihre zum Teil entzündeten schönen Trachten mit besonderer Anmut zu tragen wußten. Und gleichzeitig mußte man doch die erkennliche Zügellosigkeit dieser unalten Festlichkeiten bemerken. Jedes Mitglied des Deutschen Schulbundes hat seine Besonderheiten, an denen es sich festhält, weil seine Bewohner wissen, welche einen Schatz sie in ihren alten Gewändern besitzen. Das Bild wurde noch bunter, weil auch zu den Klagenfurter Vertreter der Nachbarländer, die Zirkler, Salzburger, Ober- und Niederösterreicher, Steirer und Vorarlberger gehörten waren. Auch aus Ungarn, den Südbunden und Oberösterreich waren einzelne Gruppen in dem Festzuge vertreten. So sah man hier einen Aufmarsch der wichtigsten deutschen Stämme des Südens, alle von dem Geiste der Tagung, ihr Volkstum zu bewahren und zu fördern, erfüllt, und doch zugleich von freudiger Stimmung, die sich nicht durch die unangenehmsten Schwärzungen der Genesung gegenüber, wie sie von der Wiener Regierung nicht ohne Grund ins Feld geführt werden, die eine Bewältigung der Anschlussfrage jetzt unmöglich machen, sondern es fehlt auch nicht an grundsätzlichen Erwägungen, die das Anschlussproblem komplizieren. Seit 300 Jahren ist das Band zwischen den habsburgischen Ländern und dem übrigen Deutschland gelockert, seit mehr als 100 Jahren ist es zerfallen. Zwar haben die großdeutschen Bestrebungen nie völlig ausgeblüht, aber in der Ära der „Neopolitik“ mußten sie fruchtlos bleiben. Es war von Professor Maerlein in Spanien, der eine Rede über die weltpolitische Lage des Zeitraums hielt, doch wohl etwas fühllos konstruiert, als er Bismarck zum Gewähr für die heutige Bewegung zu machen suchte. Bismarck hat allerdings nie, auch nicht bei Königgrätz, den Gedanken eines Zusammengehens mit Österreich aus den Augen verloren. Aber sein Ziel war, wenn nicht dynastischer, so doch politischer Art. Die von ihm getriebene Verständigungs- und Bündnispolitik beruhte gerade auf einer Nichtteilnahme in die nationalen Verhältnisse des Völkergemeinschaft Österreich-Ungarn. Damit unterscheidet er sich grundlegend von der heutigen Bewegung, die auf einen Zusammenstoß der zentralen Bewegung des Zeitraums gerichtet ist. Das habsburgische Reich, von dem der Bundesvertrag von Kärnten, Dr. Lehmisch, mit vollem Recht sagte, daß es von Herz von Kärnten zerlegt worden wurde und zerlegt werden bleibt, wurde erst aufgehört haben zu existieren, ehe die Wahn für den Antritt der Deutsch-Oesterreicher an das Deutsche Reich frei wurde. Auch heute sind die zu überwindenden Schwierigkeiten ungeheuer. Man muß sich schon den hoffnungsvollen Blick in die ferne bewahrt haben, um die trübe Gegenwart nicht als Dauerzustand anzuerkennen. Die Hoffnung auf den Völkerverbund, an die man sich hier vielfach flammert, ist zum mindesten trügerisch, auch wenn man unbedingtheit lassen wollte, daß der Südbund, wenigstens in seiner jetzigen Gestalt, nach der unabweisbaren Abgabe Amerikas, nur noch ein Scheinwesen führt. Auch ist kaum anzunehmen, daß der Völkerverbund, dessen Spitze gegen Deutschland gerichtet ist, sich zu einer innerlichen Stärkung des Deutschtums bereiftenden lassen könnte. Und selbst wenn die äußeren Hemmnisse in einer späteren Zeit gefallen sein sollten, werden noch die inneren Gegenstände ausgeglichen werden müssen. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß der deutsche und zumal der norddeutsche Deutschtum sich von der ganzen Lebensauffassung des Deutschen Reiches, die in fastlichen Dingen, dort vielfach ein Bild in der Form. Solche Verschiedenheiten lassen sich beim besten Willen nicht von heute auf morgen ausgleichen. Diese und ähnliche Bedenken, die sich besonders auch angeht die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Struktur von Nord und Süd aufdrängen müssen, ändern allerdings nichts an dem elementaren Willen der Deutsch-Oesterreicher, zum Reich zu kommen. Nur eine Politik, die nicht über den Tag hinausgeht, kann an dieser Bewegung, die ein Trost im Unglück ist, gleichgültig vorbeigehen. Aber die Anschlussfrage muß erst nach allen Richtungen ausreifen, ehe die letzten Konsequenzen gezogen werden können. Vorläufig gibt es noch eine große Reihe nachfolgender Aufgaben zu lösen. Der Deutsche Schulbund hat ein klares Programm, von dem er sich nicht abwenden lassen darf. Er will das Gemeinheitsgefühl zwischen allen Reichsdeutschen ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen und Staatszugehörigkeit pflegen, und er will die gefährdeten Volksgemeinschaften ohne Unterschied der Religion und unter Zurückstellung aller parteipolitischen und Klassengegensätze schützen. Damit ist alles

Amerikas Beteiligung am Obersten Rat.

(Privatmeldung)

London, 20. Mai.

Die Frage, ob Amerika tatsächlich wieder im Obersten Rat vertreten sein wird, bleibt noch immer unentschieden. Gestern wurde die Meldung veröffentlicht, daß Hughes nach wie vor auf dem Standpunkt beharrt, die europäischen Angelegenheiten ebenso wie die oberste Frage berühren die Vereinigten Staaten nicht, und es hätte keinen Zweck, Vertreter zu den Besprechungen zu entsenden. Die Erklärung Lloyd Georges beim Festessen zur Begrüßung des neuen amerikanischen Botschafters, er sei so froh, daß er als Vertreter seiner Regierung wieder am Obersten Rat teilnehmen und sogar der nächsten Sitzung (wo doch die oberste Frage zur Entscheidung kommen soll) beizutreten werde, hat aber die Vermutung wieder bekräftigt. Außerdem muß die Lösung des Rätsels darin gesucht werden, daß Herr Hughes zwar anwesend sein wird, aber lediglich als Beobachter, ohne sich an den Diskussionen und Entschlüsse zu beteiligen. Es ist aber fraglich, ob diese Rolle mit der Würde eines Botschafters zu vereinbaren ist.

Nächste Woche Beratung der Resolution Knox.

Paris, 19. Mai. (W. T. N.)

Einer Privatmeldung aus Washington zufolge hat der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten nach einer Konferenz mit dem Präsidenten Harding erklärt, der Präsident lege den Inhalt des Beschlusses, die Resolution Knox angenommen werde. Die Resolution Knox wird dem Repräsentantenhaus nächste Woche vorgelegt werden. Präsident Harding hat die Gesetzesvorlage, betreffend die Eingetragung der Einwanderung unterzeichnet.

Zusammenkunft zwischen Briand und Lloyd George?

Paris, 20. Mai. (W. T. N.)

Wenn auch eine demnächstige Versammlung des Obersten Rates für den Augenblick noch wahrscheinlich ist, so dürfte es, nach dem „Echo de Paris“, nicht ausgeschlossen sein, daß ein persönliches Zusammentreffen zwischen Lloyd George und Briand, morgen, Samstag, in Boulogne stattfindet.

Die Ausführung des Entwaffnungsklimatus.

Die geforderten Erklärungen und Anweisungen erlassen.

Berlin, 20. Mai. (W. T. N.)

Gestern mittags um 12 Uhr ist die erste Frist abgelaufen, die von der internationalen Militärkommission in ihrer Note vom 12. Mai zur Ausführung des von Deutschland angenommenen Entwaffnungsklimatus gefordert worden ist. Innerhalb dieser Frist hatte die deutsche Regierung die von der Kommission festgesetzten Höchstzulassungen an Kriegsmaterial für das Meer und an Auswärtigenmaterial für die Seebesatzungen anzureichen; sie hatte sich für die von der Kommission aufgestellten Liste der zur Herstellung von Kriegsmaterial zugelassenen Fabriken zu unterwerfen; es waren ferner die Befehle über die Ablieferung der von der Kommission nicht zugelassenen Geschütze, Waffen und des Gerätes der Landstellungen, sowie über die Abgabe der überflüssigen Bestände an Auswärtigenmaterial für die Küstenbesatzungen zu erlassen und der Kommission mitzuteilen; es waren endlich Maßnahmen zu treffen, um die Freiheit der von der Kommission auszuübenden Kontrolle sicherzustellen und die zu diesem Zweck getroffenen Anweisungen zur Kenntnis der Kommission zu bringen. Die geforderten Erklärungen sind sämtlich vor Ablauf der Frist vom Auswärtigen Amt im Namen der Reichsregierung vorgelegt worden; der Befehl zur Ablieferung der nicht zugelassenen Geschütze, Waffen und anderen Bestände der Landstellungen ist vom Reichswaffenminister bereits am 13. Mai, die anderen durch die Note verlangten Befehle sind am 19. Mai erteilt worden. Die von der Kommission der betreffenden Bedingungen sich ergebenden Forderungen sind sofort erfüllt, die nötigen Ausführanweisungen sind erteilt.